



Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Duggan

Telefon: (0221) 221-22928

Fax: (0221) 221-25501

E-Mail: simone.duggan@stadt-koeln.de

Datum: 30.05.2017

Niederschrift

über die **17. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 16.05.2017, 17:04 Uhr bis 18:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Frau Margret Dresler-Graf	CDU
Frau Monika Möller	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Gerrit Krupp	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Luisa Schwab	Grüne
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Herr Reinhard Houben	FDP

Verwaltung

Herr Torsten Funken	20	
Frau Ursula Hähner	41-1	
Herr Frank Höller	201	
Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller	Dez I	
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug	Dez II	
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen	56
Frau Dr. Monique Offelder	OB	
Herr Stefan Ortmann	372-1	
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Dez IV	
Herr Richard Reischl	II	

Herr Stephan Santelmann	50	
Frau Barbara Steinraths	Amt für Soziales und Senioren (501)	501
Herr Bernd Streitberger	46-8	

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp AfD

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden.

Es ergeben sich folgende Zusetzungen zur Tagesordnung:

- 6.3 Prüfauftrag zum Beschluss des Rates über den um den als Prüfauftrag der Fraktion Die Linke erweiterten Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur "Erhebung und Realisierung der Nutzungsgebühren in Unterkünften bei 562 - Wohnraumversorgung - der Stadt Köln vom 28.06.2016
Ausschuss für Soziales und Senioren 27.04.2017
3830/2016

- 10.2 Mängelanzeigen beim Amt für Wohnungswesen
Rechnungsprüfungsausschusses vom 28.03.2017, TOP 17.2
1310/2017

- 14.2 Prüfbericht Verkehrssicherungspflicht an Bäume
hier: Sachstandsmitteilung
Rechnungsprüfungsausschuss 02.06.2016, TOP 13.3
1213/2017

Herr Detjen teilt mit, dass die CDU-Fraktion darum bittet, den TOP 3.1 (Köln wird korporatives Mitglied bei Transparency International Antrag der Gruppe Piraten) in die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu vertagen. Er berichtet aus der Sitzung des Finanzausschusses am 15.05.2017, dass dort vereinbart wurde, bis zur nächsten Sitzung eine Stellungnahme der Verwaltung und des Rechnungsprüfungsamtes vorzulegen. Diese Stellungnahmen und die im Rechnungsprüfungsausschuss zu TOP 3.1 umgedruckten Anlagen (Auszug aus der Niederschrift des Rates vom 04.04.2017; Dokumente der aufgeführten Links aus der Vorlage: „Liste der korporativen Mitglieder“ und „Selbstverpflichtungserklärung“) sollen allen beteiligten Fachausschüssen zur Verfügung gestellt werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den vorgetragenen Ergänzungen und der Vertagung von TOP 3.1 einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Prüfbericht LSA Erneuerungsprogramm des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik
Rechnungsprüfungsausschuss 24.11.2016, TOP 14.8
Nachfrage von Herrn Detjen
1224/2017

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Köln wird korporatives Mitglied bei Transparency International
Antrag der Gruppe Piraten
AN/0507/2017

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2015 - Beteiligungsbericht 2015
0732/2017

6 Mitteilungen

- 6.1 Vereinfachung des Verfahrens zur Ersatzbeschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen durch die Festlegung von Nutzungsdauern
3453/2016
- 6.2 Köln nimmt an der Aktion "Stadtradeln vom 17. Juni bis 07. Juli 2017 teil
1237/2017
- 6.3 Prüfauftrag zum Beschluss des Rates über den um den als Prüfauftrag der Fraktion Die Linke erweiterten Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur "Erhebung und Realisierung der Nutzungsgebühren in Unterkünften bei 562 - Wohnraumversorgung - der Stadt Köln vom 28.06.2016
Ausschuss für Soziales und Senioren 27.04.2017
3830/2016

- 7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**
- 8 Anfragen**
- 9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz**
- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
 Monatsbericht Februar 2017
 1005/2017
- Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
 Monatsbericht März 2017
 1235/2017

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Prüfbericht LSA Erneuerungsprogramm des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik Rechnungsprüfungsausschuss 24.11.2016, TOP 14.8 Nachfrage von Herrn Detjen 1224/2017

Herr Detjen bittet um eine zukünftige jährliche Berichterstattung.

Frau Möller bedankt sich ausdrücklich für die informative Übersicht. Sie fragt nach, ob die Vorlage auch den Bezirksvertretungen bekannt sei und bittet, diese ansonsten zu unterrichten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Köln wird korporatives Mitglied bei Transparency International Antrag der Gruppe Piraten AN/0507/2017

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine Anfragen gestellt.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2015 - Beteiligungsbericht 2015 0732/2017

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden **Beschlusses**:

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

6.1 Vereinfachung des Verfahrens zur Ersatzbeschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen durch die Festlegung von Nutzungsdauern 3453/2016

Herr Detjen bittet, zunächst mit der Festlegung der Nutzungsdauer für Rettungsdienstfahrzeuge zu beginnen und die Brandschutzfahrzeuge gegenwärtig außer Acht zu lassen. Er schlägt vor, dieses Verfahren erst nach einer angemessenen Erprobungszeit zum Beispiel zum Ende der Legislaturperiode zu beurteilen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Köln nimmt an der Aktion "Stadtradeln vom 17. Juni bis 07. Juli 2017 teil 1237/2017

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.3 Prüfauftrag zum Beschluss des Rates über den um den als Prüfauftrag der Fraktion Die Linke erweiterten Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur "Erhebung und Realisierung der Nutzungsgebühren in Unterkünften bei 562 - Wohnraumversorgung - der Stadt Köln vom 28.06.2016 Ausschuss für Soziales und Senioren 27.04.2017 3830/2016

Herr Detjen ist erfreut, dass die Verwaltung den Vorschlag, die Benutzungsgebühren zu ändern, nunmehr unterstützt. Er möchte wissen, wann die in Aussicht gestellten Gebührenerhebungssatzungen zu den Flüchtlings- und Obdachloseneinrichtungen vorliegen werden.

Ziel sei es diese zum neuen Haushaltsjahr zu beschließen. Die dementsprechenden Beschlussvorlagen werden laut Herrn Ludwig nach der Sommerpause 2017 in die Beratungsreihenfolge eingebracht.

Frau Möller möchte in Bezug zur Kostenbeteiligung des Bundes in Höhe von 1 Millionen Euro auf Seite 1 erfahren, welcher Verwaltungsaufwand dem gegenüber steht.

Herr Ludwig berichtet, dass dies mit dem vorhandenen Personal bewältigt und somit eine tatsächliche Einsparung erreicht werden könne.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Es liegen keine Beratungsergebnisse aus den Fachausschüssen vor.

8 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Monatsbericht Februar 2017 1005/2017

Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Monatsbericht März 2017 1235/2017

Herr Detjen bittet Herrn Streitberger, den Monatsbericht März und die aktuelle Situation vorzutragen.

Herr Streitberger beginnt mit der Darstellung des Monatsberichts. Hier sei seit dem 08.04.2017 die Firma R.O.M. Ltd. & Co. KG als Nachfolgefirma der insolventen Firma IMTECH Deutschland GmbH nicht mehr tätig, so dass eine neue Ausschreibung für die Gewerke „Starkstrom“ und „Kälte“ erfolgen müsse. Da jedoch ohnehin die Ausschreibung für das Gewerk „Sprinkleranlage“ zu erfolgen habe, werden die weiteren Ausschreibungen den anvisierten Zeitplan nur marginal gefährden, da man diese parallel laufen lassen möchte.

Weiterhin berichtet er von der Konsolidierung des Kostenstandes und den Verpflichtungen sowie einer kontinuierlichen Steigerung im Ausgabenstand. Er verweist darauf, dass bei der Darstellung noch immer von dem Projektende 30.06.2018 ausgegangen werde. Dies sei jedoch nicht mehr zu halten, so dass weitere Kostensteigerungen zu erwarten seien.

Am 03.07.2017 werde es eine gemeinsame Pressekonferenz mit Frau Oberbürgermeisterin Reker geben, auf dieser werde dann über die voraussichtlichen Kosten und Zeiträume berichtet.

Um gesichert berichten zu können, müsse die Risikobewertung bis zum 15.06.2017 abgeschlossen sein. Seit Beginn dieses Jahres arbeite man gemeinsam mit allen Planern und Objektüberwachern an der „Kosten-“, „Termin-“ und „Risikobewertung“. Nunmehr wurden diese drei Bewertungsstränge zusammengeführt. Wöchentlich würde nun die Wechselwirkung zwischen den Kosten, Terminen und Risiken überprüft. Hinzu komme außerdem noch die „Kapazitätsbewertung“. Eine Beurteilung dieser vier Bewertungen werde eine maximale Sicherheit über die gesamte Risikobewertung geben.

Aus diesem Grund äußert sich Herr Streitberger irritiert über die aktuelle Pressebeurichterstattung. Dieser liegt keine valide Datengrundlage zugrunde.

Zum Stand der Firmengespräche geht Herr Streitberger weiterhin davon aus, dass diese im November 2017 abgeschlossen sein werden.

Zudem berichtet er erstmalig von der „all-in-one“ Schadensersatzversicherung bei einem Versicherungskonsortium welche sich bis zum 31.03.2017 stillschweigend verlängert hatte. Die weitere Verlängerung der Versicherung wurde nach juristischer Beratung als nicht wirtschaftlich eingeschätzt. Die vorhandene Bauleistungsversicherung laufe jedoch weiter. Zudem wurden die neuen Planer dazu verpflichtet, dass diese selbst eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen hätten. Selbst sei man außerdem über den kommunalen Schadensausgleich versichert, so dass sich auch hier kein Nachteil ergebe.

Frau Dresler-Graf möchte genauer über die Bauleistungsversicherung informiert werden. Außerdem fragt sie, wer die Versicherungsprämie für die Firmen zahle, da sich dies im Bericht widersprüchlich zum soeben erläuterten Sachverhalt darstelle.

Herr Streitberger erläutert, dass eine Bauleistungsversicherung den Bauunternehmer und Bauherren vor Schäden, die unvorhersehbar seien und während der Bauzeit auftreten würden, schütze. Zur Kostenübernahme der Prämien gibt er an, dass die Planer ihre Berufshaftpflicht selber zu zahlen hätten und sich die Stadt mit 50% an den Kosten beteiligen würde. Es musste jedoch bereits eine Ausnahme aufgrund der außerordentlich hohen Versicherungsprämie gemacht werden. Bei dieser Firma habe man sich schlussendlich auf eine Zuzahlung von 70% geeinigt.

Zudem gibt er in puncto Risikobewertung noch zu bedenken, dass es auch von Bedeutung sei, dass sich die Planer nicht alle bei einem Versicherungsunternehmen versichern würden bzw. ein Planer aufgrund eines anderen Projektes seine Versicherungsleistung bereits ausgeschöpft haben könnte.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

J ö r g D e t j e n

Ausschussvorsitzender

J ö r g D e t j e n

Ausschussvorsitzender

Simone Duggan

Schriftführerin

Simone Duggan

Schriftführerin